

Antrag			
Datum: 21.05.2025		Vorlage-Nr.:	
Beratendes Gremium:	Abstimmungsergebnis		Beratung
<input type="checkbox"/> Planungs- und Bauausschuss	Ja	Nein	Enth.
<input checked="" type="checkbox"/> Haupt- und Finanzausschuss			
<input type="checkbox"/> Schulausschuss			
<input checked="" type="checkbox"/> Stadtvertretung			
			<input checked="" type="checkbox"/> Öffentlich
			<input type="checkbox"/> Nicht öffentlich

Generelle Prüfung auf Barrierefreiheit und Inklusion bei neuen Vorhaben

Antrag

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, dass die Stadtvertretung beschließt:

1. Generelle Prüfung auf Barrierefreiheit:
Bei allen zukünftigen Vorhaben der Stadt, unabhängig von der Art des Projekts (bauliche Maßnahmen, städtische Veranstaltungen, digitale Angebote etc.), soll standardmäßig eine umfassende Prüfung auf Barrierefreiheit erfolgen. Ziel ist es sicherzustellen, dass alle Menschen – unabhängig von körperlichen, sensorischen, kognitiven oder psychischen Beeinträchtigungen – uneingeschränkter Zugang zu öffentlichen Angeboten und Dienstleistungen haben.
2. Einbeziehung von Inklusionsexpert:innen:
Es soll sichergestellt werden, dass Fachleute aus den Bereichen Barrierefreiheit und Inklusion frühzeitig in Planungsprozesse eingebunden werden. Sie sollen beratend zur Seite stehen, um mögliche Hürden und Exklusionen bereits in der Planungsphase zu identifizieren und zu vermeiden.
3. Regelmäßige Schulungen für Mitarbeitende:
Mitarbeitende der Verwaltung und Planungsabteilungen sollen regelmäßig Schulungen und Weiterbildungen zum Thema Barrierefreiheit und Inklusion erhalten. Dadurch wird gewährleistet, dass das Thema stets präsent ist und aktuelle Entwicklungen berücksichtigt werden.
4. Nutzer:innenbeteiligung:
Betroffene Gruppen, wie Menschen mit Behinderungen oder entsprechende Interessenvertretungen, sollen regelmäßig und verbindlich in die Planung neuer Vorhaben einbezogen werden, um sicherzustellen, dass ihre Bedürfnisse und Perspektiven Gehör finden.

5. Berichterstattung und Kontrolle:

Es soll ein System zur regelmäßigen Berichterstattung über die Einhaltung der Barrierefreiheit und Inklusion bei laufenden und abgeschlossenen Vorhaben etabliert werden. Dies dient der Transparenz und der Erfolgskontrolle.

Begründung:

Barrierefreiheit und Inklusion sind zentrale Bestandteile einer modernen und zukunftsorientierten Stadtentwicklung. Durch die Annahme dieses Antrags wird sichergestellt, dass die Stadt in allen Bereichen inklusiv gestaltet wird und niemand aufgrund von Barrieren ausgeschlossen wird. Dies trägt nicht nur zur Lebensqualität aller Bürger bei, sondern ist auch ein wichtiger Schritt in Richtung gesellschaftlicher Teilhabe und Gleichstellung.

Uwe Brüggemann
Fraktionsvorsitzender